

Für Anlegung einer zentralen Gedenkstätte für Kriegsgräber wird ein Fachplaner angefragt

Einfriedung des Friedhofes steht nochmals auf dem Prüfstand

Zu Beginn der letzten Gemeinderatssitzung besichtigten die Mitglieder des Gemeinderates zunächst Teile der neu sanierten Bereiche im Friedhof. Bürgermeister Norbert Swoboda lobte zunächst die Abschlussarbeiten im Friedhofsbereich, die nicht unwesentlich von den Mitarbeitern des Bauhofes mitgestaltet worden sind. Er gab bekannt, dass derzeit die Arbeiten mit der Anlegung des Parkplatzes entlang der Landesstraße ihren Abschluss finden werden. „Leider hat es bezüglich der Ausblühungen an den Wänden im neu sanierten Teil noch keine Lösung gegeben. Diesbezüglich wird ein weiteres Gespräch mit allen Beteiligten stattfinden“, sagte er. Insgesamt bezeichnete er die Sanierungsmaßnahmen als sehr gelungen. Hinsichtlich der Gestaltung seien keine negativen Rückmeldungen eingegangen.

Bezüglich der Ausblühungen schlug Ansgar Fehrenbacher vor, nach dem durchzuführenden Gespräch, sofern dort keine Einigung zustande kommt, gleich ein Beweissicherungsverfahren anzustreben.

Anschließend ging Bürgermeister Norbert Swoboda auf die Kriegsgräber im Friedhof ein. „Die Grabkreuze und die Einfassungen sind sanierungsbedürftig. Deshalb ist zu überlegen, ob eine zentrale Gedenkstätte eingerichtet wird, oder ob die zahlreichen Gräber im Bestand so erhalten bleiben sollen. Möglich wäre ein Sammelgrab mit einer entsprechenden Gedenkstätte. Hierfür ist ein Antrag beim Regierungspräsidium Freiburg erforderlich“.

Ansgar Fehrenbacher forderte eine entsprechende würdige Gedenkstätte mit der Aufarbeitung der geschichtlichen Hintergründe zu schaffen. Der als Zuhörer anwesende Hubert Nagel wies auf die bestehenden Kriegsgräber als wichtiges Mahnmal in zentraler Lage des Friedhofes hin. Er wünschte, diese im zentralen Bereich zu belassen, um so den mahnenden Charakter zu erhalten. Während sich Georg Buchholz die Kriegsgräber an der seitherigen Stelle weiter gut vorstellen konnte, bat Rolf Buchholz, die Kriegsgräber nicht in einer Grabkammer zusammenzufassen, konnte sich jedoch ein eigenständiges Denkmal in würdiger Form vorstellen.

Der Gemeinderat beschloss, einen Fachmann für die Erstellung eines würdigen Denkmals mit der Ausarbeitung von Vorschlägen zu beauftragen. Dies soll mit bzw. über den seitherigen Friedhofsplaner Joachim Ebinger erfolgen.

Anschließend ging Bürgermeister Norbert Swoboda auf die derzeitigen Arbeiten am Parkplatz entlang der Landesstraße ein. Er gab bekannt, dass dort veranlasst worden ist, dass ebenfalls Granitrandsteine eingebaut werden. In einem kleinen Grünbereich soll eine Ersatzpflanzung für den entfernten Baum kommen. Von der Landesstraße aus ist der Parkplatz nur mit einem sehr geringen Anschlag anzufahren, während von der Friedhofstraße aus eine kleine Stufe erforderlich ist. Er kündigte an, dass nach Abschluss der letzten Arbeiten eine Einweihung/Einsegnung durch und mit den beiden Pfarrern geplant ist.

Er gab bekannt, dass eine mögliche Einfriedung, vor allem im Zugangsbereich zur Aussegnungshalle und im Bereich der oberen Zufahrt nicht mit in der bisherigen Ausschreibung enthalten ist. Diesbezüglich wollte man warten, bis die Maßnahme nahezu fertiggestellt ist. Er gab bekannt, dass nunmehr unter Einbeziehung von Fachleuten ein

entsprechender Vorschlag ausgearbeitet worden ist. „Möglich wäre eine Zaunanlage, beginnend vom obersten Eingang im Friedhof, entlang der Zufahrtsstraße, vorbei an der Aussegnungshalle bis zu den Containern unterhalb. „Dort könnte ein Eingangstor erstellt werden“, berichtete er. Er gab bekannt, dass die Kosten für das Eingangstor und die Umzäunung bei rund 26.100 € liegen, während für die Elektroarbeiten, insbesondere die Zuleitung, 2.465 € notwendig wären. Nicht bei allen Gemeinderäten stieß eine elektrisch gesteuerte Toranlage auf Gegenliebe. Zudem wurde gefordert, die Kosten entsprechend zusammenzustellen und den Verlauf einer möglichen Zaunanlage in einem Lageplan darzustellen. Außerdem soll zunächst noch geprüft werden, ob anstelle der Zaunanlage eine „natürliche“ Anlage mit Hecken bzw. einem Bewuchs möglich ist. In diesem Fall wären allerdings mehrere Tore als Zugang zur Aussegnungshalle und zum Friedhof notwendig. Zunächst sollen die angesprochenen Punkte noch abgeklärt, geprüft und mit Kosten belegt werden, bevor eine endgültige Entscheidung getroffen wird.

Rathausplitter

Zu Beginn der letzten Gemeinderatssitzung gedachte der Gemeinderat zunächst der verstorbenen Gemeindemitarbeiterin Birgit Göhler.

„Freud und Leid liegen oft sehr nahe beieinander“, sagte Bürgermeister Norbert Swoboda. Er konnte anschließend Gemeinderatsmitglied Florian Fehrenbacher und dessen Frau Verena zur kürzlich stattgefundenen Hochzeit gratulieren.

Bei den weiteren Bekanntgaben verwies er auf eine alte Vereinbarung mit der Kirchengemeinde bezüglich der Kostentragung des Aufwandes für Kirchturmuhren und Glocken, wobei die Gemeinde verpflichtet ist, ein Drittel der Kosten zu tragen. „Hierfür ist kürzlich ein Gemeindeanteil von 936,95 € angefallen“, berichtete er.

Er gab bekannt, dass sich die Nachzahlung der Abrechnung 2017 für den Kindergarten auf 31.773 € belaufen hat. Der gesamte Abmangel, der von der Gemeinde zu tragen war betrug 451.773 €. Der Anteil der Kirchengemeinde für Kindergarten und Krippe beträgt 9.000 €.

Zusätzlich verwies er auf die Abrechnung des Landschaftsentwicklungsverbandes Mittlerer Schwarzwald e.V. für das Jahr 2017. „Ausgaben von 72.552 € stehen Einnahmen von 62.368 € gegenüber. Der Gemeindeanteil am Fehlbetrag von 10.184 € beträgt 1.526 € und ist zusätzlich zum Jahresbeitrag fällig.

Er gab bekannt, dass die Stelle des Flüchtlingsmanagers erneut ausgeschrieben werden musste, da die letzten ursprünglich geeigneten Bewerber abgesagt hatten.

Er teilte mit, dass es derzeit acht private Sanierungsinteressenten im Sanierungsgebiet „Ortskern III - Unterdorf West“ gibt.

Als sehr erfreulich bezeichnete er eine Mitteilung des Landes und des Landkreises, dass der Ausbau der Kreisstraße 5528 vom Sportplatz bis zum Gebäude Sulzbacher Straße 1 kommen wird. „Die Maßnahme wurde in das Programm des Landesverkehrsfinanzierungsgesetzes aufgenommen. Bei rund 2,44 Mio. € Baukosten gibt es eine Förderung von 1,22 Mio. € (50 %). Nun müssen die Grunderwerbsverhandlungen abgeschlossen werden, ein Verkehrsaudit durchgeführt und die Träger öffentlicher Belange angehört werden. Wenn alle Punkte problemlos

abgeschlossen werden, könnte die Maßnahme zum Januar 2019 ausgeschrieben werden. Die Gemeinde ist dabei mit den anteiligen Gehwegkosten und den Kosten für die Erneuerung der Wasserleitung und notwendiger Kanalsanierungen in der Straße Hölzle beteiligt. Die entsprechenden Mittel sind in den Haushaltsplan 2019 aufzunehmen“.

Als sehr erfreulich bezeichnete er die Übernachtungszahlen 2017. „Dank unserer sehr guten Leistungsanbieter hält der Aufwärtstrend an. Er gab zu bedenken, dass vor einigen Jahren noch lediglich gut 30.000 Übernachtungen erzielt worden sind. Im Vergleich zu 2016 mit 13.350 Ankünften und 43.724 Übernachtungen konnte 2017 ein nochmals deutlich besseres Ergebnis mit 14.625 Ankünfte und 48.657 Übernachtungen erzielt werden. Dies entspricht Steigerungsraten von 9,5 bzw. 11,2 %.

Weiter teilte er mit, dass sich bei der Einwohnerzahl noch eine kleine positive Korrektur ergeben hat, sodass zum Gemeindefinanzstichtag 30. Juni 2017 2.893 Einwohner gemeldet waren.

Er gab bekannt, dass die Pläne zum Erweiterungsbau der Seniorenresidenz weiter ausgearbeitet werden. „Wir gehen davon aus, dass die Planung dann demnächst dem Gemeinderat und der Bevölkerung vorgestellt werden kann“.

Hinsichtlich der unbefriedigenden Straßensanierung im Bereich Wittum verwies er auf einen Gesprächstermin mit der ausführenden Firma, der Deutschen Bimoid GmbH, am Mittwoch, 16. Mai 2018.

Er gab bekannt, dass in diesen Tagen der Junggesellenverein Sulzbach mit dem Aufbau von zwei großen Holzliegen beginnt. „Diese sind eine Spende vom Junggesellenverein Sulzbach. Eine wird im Bereich Doldenhof/Rotwasser, in der Nähe des Gebäudes Doldenhof 4 und eine im Bereich Bruckhof, in der Nähe der Abzweigung Bruckhof 2 und Bruckhof 5/8 aufgestellt. Dem Dank des Bürgermeisters schloss sich der Gemeinderat mit einem herzlichen Applaus an.

Hauptamtsleiter Andreas Kaupp teilte mit, dass durch den Landkreis erneut Geschwindigkeitskontrollen stattgefunden haben. In der Schramberger Straße wurden am 13. April 2018 433 Fahrzeuge gemessen, wobei es 15 Beanstandungen (3,46 %) gab. Das schnellste Fahrzeug war mit 64 km/h unterwegs. Eine weitere Messung auf Höhe des Kindergartens am 23.4. ergab 8 Beanstandungen (3,38 %) bei 237 Fahrzeugen. Die Höchstgeschwindigkeit lag dort bei 67 km/h. Am gleichen Tag wurden an der Landesstraße auf Höhe der Einmündung Pfarrer-Sieger-Straße 318 Fahrzeuge gemessen. Die Beanstandungsquote lag mit 11 Fahrzeugen bei 3,46 %. Die Höchstgeschwindigkeit lag bei 64 km/h.

Als sehr erfreulich bezeichnete Kämmerer Rainer Betschner die neueste Steuerschätzung des Bundes. Insgesamt werden 64 Mrd. Euro als Mehreinnahmen erwartet. „Dies dürfte sich vor allem hinsichtlich eines verbesserten Einkommensteueranteils für die Gemeinde auswirken“, freute er sich.

Im Rahmen der Anfragen sprach Stefan Weinmann öffentliches WLAN an. Er regte an, die Kosten unter Berücksichtigung einer eventuellen Förderung abzuklären um gegebenenfalls öffentliches WLAN einzuführen. Bürgermeister Norbert Swoboda sicherte eineentsprechende Überprüfung, gegebenenfalls auch im Rahmen der Neubeschaffung der Telefonanlage für das Rathaus, zu.

Georg Buchholz sprach einen Fangzaun unterhalb von Pavillon bzw. Rabenfelsen an. Die Gemeindeverwaltung wird eine entsprechende Reparatur bzw. das Ausräumen der Fangzäune mit dem Grundstückseigentümer ansprechen.

Doris Moosmann regte an, bei Landwirten anzufragen, ob Interesse besteht, die derzeit noch vorhandenen Grünlandflächen im Bereich Distelweg, die bereits der Gemeinde gehören, zu bewirtschaften. „Sofern ein Landwirt Interesse zeigt, müsste der gemeindeeigene Bauhof dort nicht tätig werden“, folgerte sie. Im Amtsblatt „Bürger und Gemeinde“ soll diesbezüglich geworben werden.

Abwasserkanal vom Bauhof bis Schramberg wird untersucht Weitere Untersuchungen durch Kreisstraßenausbau im Hölzle erforderlich - Gesamtkosten belaufen sich auf 17.490 €

„Die Gemeinde ist vom Landratsamt Rottweil - Amt für Umweltschutz - angehalten, die öffentlichen Abwasserkanäle in regelmäßigen Abständen untersuchen und dann, sofern Schäden vorhanden sind, diese beheben zu lassen“, teilte Hauptamtsleiter Andreas Kaupp mit.

Er gab bekannt, dass 2018 für Kanaluntersuchungen 10.000 € im Haushaltsplan zur Verfügung stehen. „Diese Mittel sind für den Streckenbereich vom Bauhofgebäude der Gemeinde bis zur Anschlussstelle in Schramberg vorgesehen. Der gesamte zu untersuchende Bereich liegt zwar vollständig auf der Gemarkung Schramberg, der dortige öffentliche Kanal befindet sich aber im Eigentum der Gemeinde Lauterbach. Die Untersuchung für diesen Bereich ist auch deshalb wichtig, da seitens der Stadt Schramberg vermutet wird, dass auf diesem Streckenabschnitt Fremdwasser eintreten könnte“, sagte er.

Er gab bekannt, dass nach der beschränkten Ausschreibung bei der 7 Fachfirmen angeschrieben worden sind, lediglich zwei Angebote eingegangen sind. „Günstigste Anbieterin ist die Firma ALBA Süd aus Dunningen mit einer Angebotssumme von 12.135 €“.

Zudem gab er zu bedenken, dass nachdem die Ausschreibung bereits gestartet worden war, die Gemeinde die Mitteilung erhalten hat, dass der bereits mehrfach angesprochene Kreisstraßenausbau vom Bereich Sportplatz bis zum Gebäude Sulzbacher Straße 1 im kommenden Jahr erfolgen soll. „Im Straßenbereich liegt unter anderem auf einer Länge von ca. 850 m der öffentliche Kanal. Dieser muss vor Baubeginn noch untersucht werden. Da die Firma ALBA dann ohnehin vorort ist würde es sich anbieten, diesen Bereich ebenfalls befahren zu lassen. Entsprechend dem Angebot der Firma ALBA würden sich die Kosten für die 850 m im Hölzle auf ca. 5.355 € belaufen.“

Letztlich beschloss der Gemeinderat, sowohl den Streckenabschnitt vom Bauhof bis zur Anschlussstelle in Schramberg, als auch den Bereich im Hölzle (ca. 850 m) untersuchen zu lassen. Der Auftrag wurde an die Firma ALBA Süd aus Dunningen zum Gesamtpreis von 17.490 € vergeben.

Gemeinde wird Mitglied beim kommunalen Arbeitgeberverband (KAV)

Kämmerer Rainer Betschner teilte mit, dass sich die Gemeinde bereits jetzt an die Tarifverträge des öffentlichen Dienstes anlehnt und diese in der Praxis umsetzt, jedoch nicht Mitglied im kommunalen Arbeitgeberverband ist.

„Der kommunale Arbeitgeberverband Baden-Württemberg (KAV) ist ein Arbeitgeberverband der die gemeinsamen Interessen seiner Mitglieder auf Tarif-, Arbeits- und sozialversicherungsrechtlichem Gebiet vertritt“, teilte er mit.

„Darüber hinaus verhandelt der KAV im Rahmen seiner Satzung für seine Mitglieder eigenständige Tarifverträge. In dem Jahresbeitrag in Höhe von 580 € ist eine Rechtsschutzversicherung für Arbeitgeber enthalten. Zudem erhält man regelmäßig Informationen über Gesetzesänderungen und Vorlagen für Arbeitsverträge sowie bei Bedarf eine telefonische Beratung. Durch die Mitgliedschaft würde der Bedarf an Fachliteratur im Bereich Personal jährlich um ca. 400 € sinken, da dies durch den kommunalen Arbeitgeberverband online bereitgestellt wird. Durch die Mitgliedschaft wird die Bindung an die Tarifverträge obligatorisch, was bei Stellenausschreibungen ein Vorteil ist und bei beiden Parteien für Rechtssicherheit sorgt.

Auch Rolf Buchholz sah die Gemeinde bei einer Mitgliedschaft im kommunalen Arbeitgeberverband auf dem richtigen Weg. „Insbesondere die Rechtssicherheit sowohl für den Arbeitnehmer als auch für den Arbeitgeber ist wichtig und von großer Bedeutung“, folgerte er.

Der Gemeinderat konnte letztlich dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen. Die Gemeinde Lauterbach wird ab dem 1. Januar 2019 Mitglied im kommunalen Arbeitgeberverband und stellt hierfür jährlich einen Mitgliedsbeitrag in Höhe von 580 € im Haushaltsplan zur Verfügung.

Neue Telefonanlage im Rathaus zur Nutzung von Voice over IP erforderlich

Gemeinderat vergibt Auftrag an Firma Binder aus Balingen zum Gesamtpreis von 6.290 €

Kämmerer Rainer Betschner teilte mit, dass im Haushaltsplan 2018 noch Haushaltsreste aus 2017 für die Neubeschaffung einer Telefonanlage in Höhe von 10.000 € enthalten sind. „Durch die Anschlussänderung der Telekom auf Voice over IP sind wir verpflichtet, bis zum 31.12.2018 unsere Telefonanlage umzustellen. Da unsere jetzige Telefonanlage veraltet ist, muss sie durch eine neue ersetzt werden. Die neue Anlage ist hybridfähig, das bedeutet, sie kann bis zur Umstellung mit dem jetzigen System betrieben werden wie auch später mit Voice over IP. Des Weiteren bietet die neue Anlage eine Software an, die in Outlook integriert wird. Dadurch wird den Mitarbeitern die Handhabung erheblich erleichtert“, berichtete er.

Er gab bekannt, dass nach der Anforderung von vier Angeboten sich ergeben hat, dass die günstigste Anbieterin die Firma Binder aus Balingen mit einem Angebotspreis von 6.290 € ist.

Auf Anfrage von Stefan Weinmann bestätigte Kämmerer Rainer Betschner, dass im Angebotspreis sowohl die Software als auch die Geräte und die Installation enthalten ist.

Auf Anfrage von Martin King bestätigte er, dass die Angebote vergleichbar sind und von der günstigsten Bieterin gute Referenzen vorhanden sind.

Letztlich beschloss der Gemeinderat die Beschaffung einer neuen Telefonanlage zum Gesamtpreis von 6.290 € bei der Firma Binder aus Balingen.

Gemeinderat beschließt neue Friedhofsordnung und Bestattungsgebührensatzung Gebühren nach Neukalkulation angepasst

Kämmerer Rainer Betschner verwies zunächst auf die in der letzten Gemeinderatssitzung ausführlich vorgestellte neue Gebührenkalkulation der Friedhofs- und Bestattungsgebühren durch ein Fachbüro. „Nachdem dieser Gebührenkalkulation mit der entsprechenden Kostendeckung zugestimmt worden ist, gilt es nun, die Friedhofssatzung, dies ist die Friedhofsordnung und die Bestattungsgebührensatzung, anzupassen bzw. neu zu fassen. Neben den wesentlichen Änderungen im Gebührenbereich verwies er auch auf einige Anpassungen im Satzungstext.

In diesem Zusammenhang ging Ansgar Fehrenbacher auf die in der Satzung geregelten Höhen der Grabmale ein. Unstrittig waren dabei die Grabmale für die Grabkammern, da diese durch die Grabkammern selbst in Höhe, Breite und Tiefe vorgegeben sind. „Bei den bestehenden Grabmalen im alten Bereich des Friedhofes und bei den Grabmalen für Urnen- und Erdgräber könnte ich mir jedoch wesentlich größere Freiheiten, vor allem hinsichtlich der Höhe, vorstellen“, sagte Ansgar Fehrenbacher. Bei den stehenden Grabmalen im seitherigen Bereich schlug er vor, die seitherige Regelung in der Satzung beizubehalten und die Grabmale nicht durch eine neue Satzung auf eine Höhe von 1,20 m zu beschränken. Zudem schlug er bei den Urnenerdgräbern vor, die Höhe nicht auf 0,65 m sondern auf 1,00 m zu beschränken. Auf seinen Antrag hin verblieb es bei den stehenden Grabmalen bei der seitherigen Regelung, dies bedeutet, dass bestehende Grabmäler bis 1,20 m mit einer Stärke von 14 cm bis 1,40 m Höhe mit 16 cm und ab einer Höhe von 1,40 m mit 18 cm auszuführen sind. Sein Antrag, die Grabmale für Urnenerdgräber bis zu einer Höhe 1 Meter zuzulassen fand keine Mehrheit im Gemeinderat, sodass dort die neue Regelung mit einer Höhe von 0,65 m gilt.

Bürgermeister Norbert Swoboda ergänzte, dass im Satzungstext im Bereich der Urnenreihen- und Urnenwahlgräber ebenfalls Änderungen eingearbeitet worden sind. Diese betreffen im Wesentlichen die Verwendung von leicht verrottbaren Urnen (Bio-Urnen).

Auf Anfrage von Doris Moosmann bestätigte er, dass bereits in der alten Satzung ein Zuschlag von 25 % bei den Benutzungsgebühren für Erd- und Urnenbestattungen an Samstagen, Sonn- und Feiertagen enthalten war.

Letztlich konnte der Gemeinderat die neue Friedhofssatzung mit der Friedhofsordnung und der Bestattungsgebührensatzung verabschieden. Diese ist an anderer Stelle im Amtsblatt „Bürger und Gemeinde“ vollständig abgedruckt.